

Arbeitspflicht für Ukrainer gefordert

Berlin. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert, die Höhe des Bürgergeldes für ukrainische Kriegsflüchtlinge an die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu koppeln. Hauptgeschäftsführer André Berghegger wies in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* (Sonntag) auf eine im Vergleich zu Nachbarländern niedrige Beschäftigungsquote unter Ukrainern in Deutschland. »Den Kriegsflüchtlingen sollten Arbeitsangebote unterbreitet werden.« Wer sie aus »nicht nachvollziehbaren Gründen« ablehne, dem sollten die Sozialleistungen gekürzt werden, so Berghegger. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/470090.arbeitspflicht-für-ukrainer-gefordert.html>